

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 213 | 38. Woche | 82. Jahrgang | E 4504 A |

Dienstag, 15. September 2026

3,00 €

Aktionswoche

Viele Stimmen für die Demokratie

Zahlreiche Medien in Deutschland, darunter auch unsere Zeitung, haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, um einen Dialog über die Bedeutung glaubwürdiger Informationen und des professionellen Journalismus zu führen. **Seite 4**



Illustration: K. McJourney/Bon Lucke

Echte Räume für Demokratie



Künstliche Intelligenz und digitale Plattformen verändern den Umgang mit Informationen.

Von Anne Guhlich

Am Wochenende haben die Erschaffer künstlicher Intelligenz so deutlich wie noch nie vor den Geistern gewarnt, die sie selbst gerufen haben. In einem Essay forderte Dario Amodei, Chef des KI-Unternehmens Anthropic, das Tempo zu verlangsamen, mit dem die Fähigkeiten von KI-Modellen gesteigert werden. Es fehle an Sicherheit und Kontrolle, so seine Sorge. Es war schon immer unrealistisch, den technologischen Fortschritt aufhalten zu wollen. Auch fühlt er sich in der Regel nicht nach Sicherheit und Kontrolle an. Doch an diesem Scheidepunkt für die Zukunft der Menschheit lohnt es sich, innezuhalten und zu reflektieren.

Der Internationale Tag der Demokratie bietet dafür einen Anlass. Unsere Redaktion beteiligt sich an der Aktionswoche des Bundesverbands Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) unter dem Motto: „Demokratie braucht viele Stimmen“. Damit wollen Medienhäuser in ganz Deutschland die Bedeutung von professionellem Journalismus und glaubwürdigen Informationen betonen.

Künstliche Intelligenz und digitale Plattformen verändern grundlegend, wie Informationen entstehen, verbreitet und konsumiert werden. Nie war es so leicht, für jeden Menschen – und künftig auch für jede Maschine – eigene Inhalte zu produzieren und zu veröffentlichen. Das kann Demokratie stärken. Es kann sie aber auch zersetzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie schnell dies geht. Algorithmen entscheiden darüber, welche Nachrichten in unseren Feeds auftauchen. Belohnt werden häufig die aufmerksamkeitsstärksten Inhalte: das Empörende, das Emotionalisierte, das Zuspitzende – manchmal schlicht das Falsche.

Dabei gilt der klassische Journalismus als Teil der demokratischen Infrastruktur. Seine Aufgabe ist es, Menschen zu befähigen, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Und er soll kontrollieren, ob diejenigen, die Macht besitzen, sich an die Spielregeln der Gemeinschaft halten.

Doch durch den unkontrollierten Kampf um Aufmerksamkeit gerät das Geschäftsmodell vieler Medienhäuser unter Druck. Sie buhlen nicht mit den Mitteln des Populismus oder der Falschinformation um die höchste Reichweite, das verbietet sich. So ist eine Informationsflut entstanden, in der reale Krisen – geopolitische Unsicherheit, Klimawandel, wirtschaftlicher Wandel – neben den Botschaften von Populisten, Influencern und Bots stehen. Aus Vielfalt kann so eine Kakophonie werden. Und aus Überforderung Rückzug: Wer den Eindruck gewinnt, ohnehin nicht mehr unterscheiden zu können, was stimmt und was wichtig ist, wendet sich irgendwann ganz vom öffentlichen Diskurs ab. Das wäre fatal. Demokratie ist ein Mannschaftssport. Sie lebt von jedem und jeder Einzelnen. Das ist ein Privileg – aber auch eine Verpflichtung. Medienkompetenz, die Instandhaltung der eigenen Urteilsfähigkeit und die Bereitschaft zur demokratischen Teilhabe sind keine unverbindlichen Handlungsempfehlungen.

Noch dazu haben Leserinnen und Leser heute mehr Einfluss auf die Medienwelt als je zuvor. In Echtzeit lässt sich messen, welche Themen Interesse finden und welche ignoriert werden. Nutzen Sie diese Möglichkeit der Mitgestaltung! Aber auch die Medienmacher müssen sich entwickeln. In einer Zeit, in der Einsamkeit und politische Vereinzelung zur gesellschaftlichen Herausforderung geworden sind, dürfen Medienhäuser nicht nur Lieferanten von Nachrichten sein. Sie müssen Räume für Diskurs und Begegnung schaffen und Menschen ins Gespräch bringen – digital und im echten Leben. Ja, die Demokratie braucht viele Stimmen. Aber sie braucht vor allem auch eines: Menschen, die einander wieder zuhören.

Leonberg
So soll aus einem Autohandel ein Mobilitäts-Hub werden **Seite 17**

Gerlingen
Was uns die Integration der Vertriebenen heute lehrt **Seite 17**

Gebersheim
Beim historischen Feldtag stand die Hopfenernte im Fokus **Seite 19**

Europa kämpft um Einfluss in der Arktis

ROVANIEMI. Zwölf europäische Länder fordern angesichts der wachsenden geopolitischen Bedeutung der Arktis ein größeres Engagement der EU in der Region. „Wir fordern die EU auf, in der europäischen Arktis eine strategischere und proaktivere Rolle einzunehmen“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer eines EU-Arktis-Gipfels, die unter anderem von Deutschland, Frankreich, Dänemark und Schweden unterzeichnet wurde. Sie verwiesen auf die „erhebliche und langfristige Bedrohung, die von Russland ausgeht“. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) betonte nach den Beratungen im finnischen Rovaniemi, die Arktis sei zu einem „geopolitischen Hotspot“ geworden. **AFP – Kommentar und Bericht Seiten 2, 4**

Kulinarik und Fußball

STUTTGART. Wie wichtig gutes Essen im Sport ist, darum geht es bei „Fußball und Kulinarik“ am 12. Oktober, um 19 Uhr im Look 21, Türlenstraße 2. Zu Gast sind Nationalmannschaftskoch Anton Schmaus, der Stuttgarter Gastronom Michael Wilhelmer und VfB-Vorstand und Wirt Alexander Wehrle. Anmeldungen sind ab sofort online möglich. **Seite 6**

Pläne für Hajek-Villa

STUTTGART. Seit Jahren verfällt die farbenfrohe Villa des Künstlers Otto Herbert Hajek an der Hasenbergsteige in Stuttgart. Sie drohte zu einem Lost Place zu verkommen. Nun verkündet der Eigentümer auf Anfrage, er habe sich mit der Denkmalbehörde auf einen Sanierungsplan verständigt und einen Bauantrag bei der Stadt gestellt. **Lokalteil**

Großes Jugendturnier

STUTTGART. Mehr als 1000 Mädchen und Jungen werden am Dienstag, 22. September, wieder beim traditionellen Höfleswetz des Württembergischen Fußballverbands teilnehmen. Damit ist es das größte Eintages-Jugendfußball-Turnier in Deutschland. Gespielt wird auf den Plätzen gegenüber der Stuttgarter MHP-Arena an der Mercedesstraße. **Lokalteil**

Wetter Seite 28



Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Pläne für Staatsoper auf dem Prüfstand

Ministerpräsident Cem Özdemir und Stuttgarts Oberbürgermeister Frank Nopper wollen noch einmal alle Fakten auf den Tisch legen.

Von Annika Grah

STUTTGART. Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) und der Stuttgarter Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU) wollen die Pläne zur Opersanierung noch einmal überdenken. Sie schlagen deshalb eine ergebnisoffene Prüfung im Rahmen einer Expertenanhörung vor, wie das Staatsministerium und die Stadt Stuttgart am Montag mitteilen. Dabei soll auch die Frage einbezogen werden, ob eine Sanierung mit Interimsbau oder ein Neubau mehr Sinne ergeben.

Ein Projekt dieser Dimension brauche Vertrauen und Unterstützung bei allen Beteiligten im Landtag, im Gemeinderat und in der Öffentlichkeit, sagte Özdemir. „Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass Land und Stadt noch einmal alle Fakten auf den Tisch legen und die Einschätzung von Experten einholen.“ Nopper ergänzte: „Wir wollen dieses Jahrhundertprojekt von Land und Stadt mit vereinten Kräften weiterverfolgen – ohne Tabus, was die Dimension sowie die Art und Form der Ausführung anbelangt.“

Zuvor hatten sich Özdemir und Nopper gemeinsam mit Kunstministerin Petra Olshowski (Grüne) und dem Ersten Bürgermeister Fabian Mayer getroffen. Dabei habe man sich verständigt, auf kritische Stimmen aus Teilen des Landtags einzugehen. CDU-Fraktionschef Tobias Vogt hatte erst am Wochenende in einem Interview Fragezeichen hinter die bisherigen Pläne für die Opersanierung gemacht.

„Die aktuellen Pläne mit einem kostspieligen Interim sehe ich kritisch“, hatte er unserer Redaktion gesagt. Der Stuttgarter Gemeinderat hatte die Abstimmung darüber, ob die Planung für den Interimsbau in reduzierter Form fortgeführt werden soll, vor der Sommerpause aufgeschoben. Die Opersanierung besteht aus mehreren Teilprojekten: dem Neubau eines Werkstattgebäudes für Kulissen, dem Bau des Interimsgebäudes sowie der Sanierung des Opernhauses selbst. Grundsätzlich hatten sowohl Stadt als auch Land, die sich die Kosten teilen, der Sanierung zugestimmt. Frühere Schätzungen gingen von Kosten in Höhe von 1,5 bis 2 Milliarden Euro aus.

Der Plan sieht nun vor, dass das Gesamtprojekt im Rahmen einer Expertenanhörung aus heutiger Perspektive bewertet werden soll. Die Expertenanhörung soll möglichst parallel zu den laufenden Planungsschritten erfolgen, hieß es weiter. Das konkrete Format soll laut Nopper kurzfristig zwischen Land, Stadt und den Staatstheatern abgestimmt werden. Land und Stadt sind sich einig, dass die Neubewertung nicht zu einer maßgeblichen Verzögerung des Projekts führen darf. Özdemir stellte klar: „Das Land bekennt sich unmissverständlich zu einer modernen, zukunfts- und arbeitsfähigen Spielstätte für unsere herausragenden Ensembles.“ Ebenso solle sichergestellt werden, dass der Betrieb von Oper, Ballett und Schauspiel verlässlich weiterlaufen könne.

Experte: Sprit könnte bald drei Euro kosten

Wegen der Eskalation im Nahen Osten steigen die Preise für Benzin und Diesel. Nicht nur der Tankstellenverband schlägt Alarm.

BERLIN. Nachdem die Spritpreise am Wochenende deutlich gestiegen sind und Benzin ein Rekordhoch erreichte, müssen sich Verbraucher darauf einstellen, dass es bald an den Zapfsäulen noch teurer wird. „Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, dass wir Spritpreise um drei Euro bekommen“, sagte Herbert Rabl vom Tankstellen-Interessenverband (TIV). Die Lage in der Straße von Hormus und in der Meerenge Bab al-Mandab, die mittlerweile von der vom Iran unterstützten Huthi-Miliz kontrolliert

wird, könne die Lage verschärfen, führte Rabl aus. „Im Falle heftiger Einschränkungen in den beiden Meeresstraßen können wir schon in zwei Monaten mit einem Preis von drei Euro rechnen“, sagte er unserer Zeitung. Auch DZ-Bank-Analystin Linda Yu sieht dies so: „Solange die Angriffe anhalten und die Straße von Hormus unpassierbar bleibt, dürfte der Ölpreis auf erhöhtem Niveau verharren.“ Wegen der Lage im Roten Meer drohe kurzfristig ein erneuter Preissprung. Die Energieökonomin Claudia Kemfert plädiert

angesichts der hohen Spritpreise für schnelle staatliche Maßnahmen. Sinnvoll seien „gezielte Entlastungen für besonders betroffene Haushalte, etwa über ein Mobilitätsgeld oder Klimageld“, sagte die Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) dem „Handelsblatt“.

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) bekräftigte ihre Forderung nach einem Preisdeckel für Sprit nach Luxemburger Vorbild. Dabei legt der Staat einen Maximalpreis fest. In Luxemburg, Polen und Belgien gilt dies bereits, dort kostet der Liter Benzin bis zu 50 Cent weniger als in Deutschland. **AFP/dpa/tab/toh**

Kostas

